

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kantor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postkontonr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13603. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle ober deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1.70 M., Kellame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721. Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Annahme der Einladung nach London

Berlin, 8. Februar. (W.B.) Das Auswärtige Amt hat der hiesigen französischen Botschaft mitgeteilt, daß die deutsche Regierung die Einladung zu der Londoner Konferenz unter der ausdrücklichen Voraussetzung annimmt, daß auch die deutschen Gegenvorschläge auf der Konferenz zur Beratung gestellt werden.

London, 8. Februar. Reuter meldet aus Berlin, in dortigen britischen und französischen Kreisen werde die Antwort Deutschlands auf die Einladung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz für befriedigend angesehen. Der Ton der deutschen Antwort sei verbindlicher, als ursprünglich erwartet worden sei, und dies werde dahin ausgelegt, daß Dr. Simons sich in seiner Haltung von einschlägigen Erwägungen habe leiten lassen.

Krise in Bayern.

München, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Regierung hat trotz der Niederlage auf der Berliner Konferenz der Ministerpräsidenten auf ihrem schroff ablehnenden Standpunkt in der Entwaffnungsfrage unter dem Druck der Münchner Organe bestehen. Am Dienstagvormittag fand eine Ministerratsitzung statt, in der eine Erklärung der Regierung zur Entwaffnungsfrage formuliert wurde. Der Entwurf dieser Regierungserklärung wurde den Führern der Koalitionsparteien zur Beratung übergeben und wurde nach interfraktionellen Besprechungen in den einzelnen Fraktionen der Koalitionsparteien nochmals erörtert. In diesen Fraktionsbesprechungen haben sich lebhafteste Widerstände geltend gemacht, weil die Regierungserklärung an der unbenutzbaren Ablehnung der Entwaffnungsforderungen festhalten will. Selbst in der bayerischen Volkspartei sind lebhafteste Differenzen entstanden. Die Tatsache, daß die Fraktionsbesprechungen heute vormittag weitergeführt werden, läßt mit Bestimmtheit darauf schließen, daß große Schwierigkeiten zu überwinden sind, um eine einheitliche Stellungnahme zu erzielen. Es besteht die Möglichkeit, daß die Entwaffnungsfrage zu einem Bruch der bisherigen Regierungskoalition in Bayern kommen wird. Die Regierung hält sich immer noch in geheimnisvollem Schweigen, sie will anscheinend Zeit gewinnen, um den Riß in der Koalition wieder zu verkleinern. Die USPD hat im Landtag eine Interpellation eingebracht, die die Regierung zur Stellungnahme in der Entwaffnungsfrage zwingen will.

In einer Besprechung der Ministerpräsidentenkonferenz schreiben heute die Münchner Neuesten Nachrichten u. a.: Der Hauptvorwurf, der in den letzten Tagen erhoben wurde, der Vorwurf des Wiederauflassens der Separationsbestrebungen in Bayern ist völlig hinfällig. Die feierliche Art, in der Herr v. Kahr seine und ganz Bayerns unbedingte und unerschütterliche Treue zum Reich betont hat, müssen solche Vorwürfe zum Verschwinden bringen. Damit ist aber zugleich jeder Anlaß geschwunden, irgendetwas zu den hundertmal wiederholten Gründen für Bayerns Haltung in der umstrittenen Frage der Selbstschutzorganisationen noch weiterhin zu sagen.

Diese billigen Beteuerungen des Stinnesblatts beweisen gar nichts. Die Drohungen der bürgerlichen Presse Bayerns gegen die Reichsregierung, falls diese die Entwaffnung der bayerischen Organe-Einwohnerwehren zugestehen werde, sind so eindeutig, daß die Worte des Münchner Stinnesblattes sie nicht aus der Welt schaffen können.

Württemberg zur Auflösung der Einwohnerwehren bereit.

Stuttgart, 9. Februar. Im Landtage erklärte gestern Minister des Innern Graf v. Helldorf, er befinde sich in der Entwaffnungsfrage in völliger Uebereinstimmung mit dem Reichskommissar. Die württembergische Einwohnerwehr werde nach entsprechender Anweisung der Reichsregierung aufgelöst werden.

Was soll Deutschland liefern?

London, 8. Februar. In einer in Sheffield gehaltenen Rede erklärte Lord Robert Cecil, man würde Deutschland nicht gestatten, mit Waren die Reparation zu leisten. Wenn Deutschland die Reparation in Form von Fertigwaren mache, wodurch Arbeitslosigkeit in England erzeugt würde, so wäre der Erfolg der, daß England die deutsche Reparation beschlisse. Deutschland müsse an England Rohstoffe liefern, die es von anderen Ländern im Austausch gegen Fertigwaren erhalte.

Die direkten Steuern haben ihre Höchstgrenze erreicht.

Nach Mitteilungen aus der Sitzung der Reichsregierung hat man sich über die Aufbringung der Mittel unterhalten, die zur Bezahlung der Ententeforderungen nötig sind. Dabei ist die für die arbeitende Bevölkerung Deutschlands gewiß interessante Meinung vertreten worden, „die Belastung des deutschen Volkes durch direkte Steuern habe ihre Höchstgrenze erreicht“. Also müssen die indirekten Steuern vermehrt werden, was auch in der Tat geplant ist: die Umsatz- und die Kohlensteuer sollen erhöht werden. Für die Arbeiterklasse hat die direkte Steuer die Höchstgrenze allerdings erreicht; sogar so, daß die Regierung sich zu geschäftlichen Änderungsversuchen gezwungen sieht. Wie sieht es mit den Befragten aus? Diese haben direkte Steuern seit einem Jahre so

gut wie gar nicht gezahlt, zur Einkommensteuer für 1920 werden jetzt erst die Einschüchungen vorgenommen, während den Arbeitern und Angestellten die Steuern seit 4 Jahren vom Lohn und Gehalt abgezogen werden.

Nur so weiter mit dieser Steuerpolitik!

Der „Patriotismus“ der Geldsäcke in Oberschlesien.

Kattowich, 9. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) In der bereits erwähnten Versammlung des Grafen Oppersdorf, die in Obersiebenbrunn stattfand, und in der der Graf aus seiner rein polnischen Gesinnung kein Hehl machte, hatte auch der Generaldirektor Schaber des Grafen Tiele-Winkler eine Rede gehalten, die zum mindesten lebhaftesten Bedenken über seine Stellungnahme zur Volksabstimmung ansetzen lassen müßte. Eigenartigerweise hat man nun den Generaldirektor Schaber nicht etwa veranlaßt, eine einwandfreie Erklärung über seine Haltung in der Volksabstimmung abzugeben, sondern die Leitung der deutschen Propaganda hat es ihm ermöglicht, einen verschleierte Rückzug anzutreten. Man verliert jetzt von offizieller Seite ihm zu bestreiten, daß er in der Tat nicht die Neugierungen getan habe, die ihm nahegelegt werden. Leider weist man dabei nicht auf die Tatsache hin, daß er selbst noch immer keine einwandfreie Erklärung abgegeben hat. Auch die viel bedeutendere Erscheinung, daß der Graf Tiele-Winkler diesen seinen offenbar polnisch orientierten Generaldirektor noch immer nicht entlassen hat, findet keine Erklärung. Es scheint, daß man diese Kapitel der landesväterlichen Haltung der Großindustriellen wieder einmal zu verschleiern versucht. Während nämlich der Graf Oppersdorf eine ganz einwandfrei polnische und der Graf Tiele-Winkler und der Fürst Pleß eine höchst zweifelhafte Rolle spielen, äußern sich die anderen Großindustriellen überhaupt mit keinem Wort über ihre Stellungnahme zur Abstimmung. Es kann schon jetzt gesagt werden, daß diese Stellung der Großindustriellen von einem schweren Nachteil für die Volksabstimmung für Deutschland ist, da auch die Arbeiterschaft durch diese zweifelhafte Stellung der obersteleichen Großindustriellen in ihrer Haltung wankend gemacht wird. Es ist bezeichnend, daß wieder einmal die Herren, die später sich als die einzig wahren Vaterlandstreuen aufspielen werden, heute dem Proletariat die Rührung der deutschen Interessen überlassen, während sie selbst ihre international-kapitalistischen Interessen in den Vordergrund legen.

Aus dem Danziger Parlament.

Berlin, 9. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Danzig wird vom 8. Februar gemeldet: Die erregten Auseinandersetzungen, die am letzten Donnerstag zur Sprengung der Plenarversammlung des Danziger Volkstages geführt haben, wurden in der heutigen Vollversammlung fortgesetzt. Es stand wieder die Frage zur Erörterung, ob das von dem Danziger Parlament in Benutzung genommene Generalkommando dem Oberkommissar General Hasing zu Wohnzwecken überlassen werden und das Danziger Parlament in ein anderes Haus einzuziehen soll. Da es in der letzten Sitzung beinahe zu Tätlichkeiten gegen den Senator Schuemmer gekommen war, hatte der Senat erklären lassen, erst dann wieder Mitglieder zu den Vollversammlungen des Parlamentes entsenden zu wollen, wenn für deren persönliche Sicherheit Gewähr geleistet wird. Die Linke protestierte gegen dieses Verhalten der Regierung und forderte durch Antrag das sofortige Erscheinen von Regierungsvertretern. Da der Antrag von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt wurde, verließen die Mehrheitssozialisten, die Unabhängigen, die Kommunisten und die Polen demonstrativ das Verhandlungsgesamte. Die zurückbleibenden Kampfparteien beschloßen sodann die Räumung des Generalkommandos, um es dem General Hasing zur Verfügung zu stellen. Kurz vor Schluß der Sitzung wurde der Geheimrat Folkner zum Senator für die Freistadt Danzig von den bürgerlichen Parteien ohne Anwesenheit der Linken einstimmig gewählt.

Deskommunistenverfolgungen in Frankreich

Berlin, 9. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Paris wird vom 8. Februar gemeldet: Wie bereits berichtet wurde, ist bei den Verfolgungen wegen „kommunistischer Intrigen“ auch der Generalsekretär der Humanité, Dunois, verhaftet worden. Er wird beschuldigt, einen Scheck von 100000 Franc einflussiert zu haben, den ihm der bereits verhaftete Abramowitsch, der Beauftragte der Kominternregierung, übergeben haben soll. Dunois genießt in seiner Partei hohes Ansehen und die Humanité protestiert in einem Artikel, der scharfe Angriffe gegen Briand enthält, gegen die Verhaftung dieses Mannes. Auch der verhaftete und dann wieder freigelassene frühere Generalsekretär der C. G. T., Griffuehues, soll Geld von Abramowitsch erhalten haben, aber nur als Vertreter für andre.

Ende des pläzischen „Milchstreiks“.

Wie die pläzische Post meldet, hat die freie Bauernschaft den „Milchstreik“ nunmehr bedingungslos abgebrochen.

Die Finanzkrisis in der Invalidenversicherung.

P. 1. Die Landesversicherungsanstalten, das sind die Träger der reichsgesetzlichen Alters- und Invalidenversicherung, befinden sich in einer schweren finanziellen Klemme, obwohl die Beiträge zu dieser Versicherung in den letzten Jahren wiederholt erhöht worden waren. Sie betragen pro Woche:

in Lohnklasse 1:	bis Ende 1916	von da ab bis Ende Juli 1920	von da ab bis 19. Dezbr. 1920
16 Pfa.	16 Pfa.	18 Pfa.	20 Pfa.
24 "	24 "	26 "	28 "
32 "	32 "	34 "	36 "
40 "	40 "	42 "	44 "
48 "	48 "	50 "	52 "

Trotz dieser geradezu ungeheuerlichen Beitragserhöhungen wurden die finanziellen Schwierigkeiten der Landesversicherungsanstalten immer größer. Der Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt Berlin, Herr Dr. Richard Freund, äußerte sich dazu im Berliner Tageblatt vom 30. November 1920:

„Die deutschen Landesversicherungsanstalten befinden sich in einer schweren finanziellen Krise. Die starke, wenn auch immer noch unzulängliche Erhöhung der Renten, die enorme Steigerung der Gehälter für die Beamten, der Löhne für Angestellte und Arbeiter, der Preise für Materialen, haben den Landesversicherungsanstalten eine finanzielle Last auferlegt, die sie mit den gesetzlich festgelegten Beiträgen nicht tragen konnten. Dem Reichsarbeitsministerium kann der erste Vorwurf nicht erspart werden, daß es nicht rechtzeitig und nicht durchgreifend die notwendigen Maßnahmen getroffen hat. Reich, Staat, Gemeinden, Korporationen, Erwerbsgesellschaften und Privatunternehmer konnten sich auf die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse durch Erhöhung von Abgaben, Taxifen und Preisen leicht einstellen. Vor allem waren es die anderen Träger der Arbeiterversicherung: Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Angestelltenversicherung, deren Einnahmen sich ohne weiteres dem gesteigerten Geldbedarf anpassen konnten. Nur die Träger der Invalidenversicherung, die Landesversicherungsanstalten, standen den Verhältnissen machtlos gegenüber, weil eine Erhöhung der Einnahmen nur durch einen gesetzgeberischen Akt erfolgen konnte. Das Drängen der Versicherungsanstalten, diesen Akt mit größter Beschleunigung vorzunehmen, half nichts. Erst sehr spät, als die Versicherungsanstalten schon schwere finanzielle Schäden erlitten hatten, entschloß sich die Regierung zur Einbringung einer Vorlage, die ganz ungenügend durchgearbeitet, die erhoffte Erleichterung nicht bringen konnte.“

Danach ist am 18. Dezember 1920 im Reichstage auf einen gemeinsamen Antrag aller Parteien, jedoch mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokraten und der Kommunisten folgende neue Beitragserhöhung beschlossen worden, die rückwirkend ab 20. Dezember 1920 gilt, obwohl das Gesetz selbst erst vom 28. Dezember 1920 datiert:

Lohnklasse 1:	Wochenbeitrag	180 Pfa.
16 Pfa.	200 "	200 "
24 "	240 "	240 "
32 "	280 "	280 "
40 "	320 "	320 "
48 "	360 "	360 "

Um die Erregung der Versicherten über diese neuerliche Beitragserhöhung zu beschwichtigen, wurden zugleich Beihilfen an die vorhandenen Invaliden, Alters- und Witwenrentner gewährt. Das treibende Moment war für die Gesetzgeber indes nicht die Sorge um die notleidenden Rentner, sondern die Absicht, die angeblich miserablen Finanzen der Landesversicherungsanstalten aufzubessern.

In Wahrheit aber hatten die Landesversicherungsanstalten nach den Abrechnungen für Ende 1918 einen Vermögensbestand von 227 558 469 M., die Sonderanstalten einen solchen von 223 217 061 M., zusammen also 4 450 775 530 M. Neuere amtliche Abrechnungen liegen noch nicht vor, unmöglich aber können in der Zwischenzeit diese zweieinhalb Milliarden Mark verausgabt worden sein! Sie sind auch nicht verausgabt worden und — darin besteht eben das Unglück — sie können auch gar nicht verausgabt werden. Sie sind verschwunden; sie haben sich größtenteils in Kriegsanleihe verwandelt, die ungeheure Kursverluste gebracht und noch größere Kursverluste bringen würde, wenn man sie jetzt verkaufte.

Nach der Reichsversicherungsordnung sind die Träger der Invalidenversicherung verpflichtet, ein Viertel ihres Vermögens in Anleihen des Reiches und der Bundesstaaten anzulegen; sie haben aber von dem obengenannten knapp zweieinhalb Milliarden Mark Vermögen mehr als anderthalb Milliarden Mark Kriegsanleihe gekauft. Ja, noch mehr! Da sie gar nicht soviel flüssiges Geld hatten, haben sie sich 807 268 788 M. zum Zwecke des Kriegsanleihekaufes geborgt. Beispielsweise hat die Landesversicherungsanstalt Berlin, der der bekannte Arbeiterfreund Dr. Freund vorsteht, ein Reiner Vermögen von 119 600 000 M. (davon 101 000 000 M. Kriegsanleihe) und 57 890 000 M. Schulden. Für uns ist von besonderem Interesse die Landesversicherungsanstalt Sachsen. Diese hatte:

Reiner Vermögens:	Reichs- u. Staatsanleihe:	Schulden:
1913: 221 131 050 M.	22 465 300 M.	keine!
1918: 263 889 370 "	159 431 300 "	118 956 313 M.